

An das  
Regierungspräsidium Tübingen  
Abt. 5, Herrn Dr. Hammann  
Postfach 2666

72016 Tübingen

13.02.2008

### **Kletterregelung Oberes Donautal, Ihr Schreiben vom 23.01.2008**

Sehr geehrter Herr Dr. Hammann,

Ihr Schreiben vom 23.1.2008 mit dem Entwurf der Allgemeinverfügung zur Kletterregelung am Schaufelsen und im Oberen Donautal (Stand 31.1.2008) haben wir erhalten.

Zu unserer großen Enttäuschung handelt es sich dabei im Wesentlichen um den nicht konsensfähigen Vorschlag Ihres Hauses vom November 2007. Wie Sie von diversen Rückmeldungen und Gesprächen wissen, lehnt der DAV-Landesverband Baden-Württemberg und die Projektgruppe Schaufelsen diese Regelung ab.

Entgegen Ihren Ausführungen im Anschreiben geht diese Regelung einseitig zu Lasten der Kletterer und stellt keinen tragfähigen Kompromiss dar. Sie wurde im Übrigen weder von der Projektgruppe noch von einem Vertreter der Kletterverbände akzeptiert.

Wir müssen leider feststellen, dass mit dem unglücklichen Vorgehen des Regierungspräsidiums der über sieben Jahre erfolgreich beschrittene Weg der gemeinsamen Entscheidungsfindung verlassen wurde. Nicht nachvollziehbar ist weiterhin die Ablösung der Projektgruppe bei der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen. Gerade in der Etablierung einer interdisziplinären Projektgruppe mit größtmöglicher Freiheit bei der Ausarbeitung von naturschutzfachlich und klettersportlich ausgewogenen Kletter- und Schutzkonzeptionen lag eine der großen Stärken des Projektes. Die erfolglosen Sitzungen und Gespräche der letzten Monate zeigen, wie wenig es gelingt, eine einvernehmliche Gesamtregelung ohne eine ausgleichende Instanz zu finden. Es zeigt sich auch, dass das Regierungspräsidium die Projektgruppe nicht ersetzen kann.

Deutlich zeichnet sich nun ab, dass der vorgelegte Regelungs-Entwurf zum sicheren Scheitern des Modellprojektes Schaufelsen mit seiner großen integrativen Wirkung auf Klettern und Naturschutz in Baden-Württemberg führt. Für alle beteiligten Verbände und für die vielen, sich ehrenamtlichen in hohem Maße eingebrachten Personen ist dies ein katastrophales Signal. Die Felspaten haben bereits Konsequenzen gezogen und ihren Ausstieg angekündigt.

Aus unserer Sicht macht es daher wenig Sinn, weiter über den vorgelegten Regelungs-Entwurf zu diskutieren. Wir schlagen daher vor, am 13. März 2008, das grundsätzliche Vorgehen zu besprechen und zum bislang erfolgreich beschrittenen Weg zurück zu kehren. Dies bedeutet, die Projektgruppe mit der Ausarbeitung von ausgewogenen Regelungsvorschlägen zu beauftragen.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Stierle  
Vorsitzender

Jochen Hacker  
Geschäftsführer